

Antragstellerin:

Die Linke queer – Bundesarbeitsgemeinschaft

A1 – Änderungsantrag L01-03

Einschub nach Zeile 17, neuer Absatz:

Wir verteidigen offensiv das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung. Das „Selbstbestimmungsgesetz“ muss sozial weiterentwickelt werden und den materiellen Grundlagen geschlechtlicher Selbstbestimmung Rechnung tragen. Der Schutz queeren Lebens – sei es vor deutschnationalen, islamistischen oder anderen menschenverachtenden Kräften – ist für uns selbstverständlich Teil antifaschistischer Praxis.

Begründung:

Die Linke ist seit jeher eine zuverlässige Partnerin queerer Emanzipationsbewegungen. Janine Wissler hat in ihrem Beitrag „Für eine neue Idee der Solidarität“ (LINKS BEWEGT, 17.08.2024) treffend herausgestellt, dass geschlechtliche Identität zu den zentralen Feldern der Auseinandersetzungen in von der AfD und Co. gezielt genährten Kulturkämpfen ist. Die ohne prekäre Situation von nicht-cisgeschlechtlichen Menschen und die latente Transfeindlichkeit in Deutschland wird dadurch weiter verschlimmert. Die Linke ist solidarisch mit allen Menschen, die (oftmals tagtäglich) Opfer von transfeindlicher Diskriminierung und Gewalt werden. In Bautzen, Leipzig oder Magdeburg hat sich während der diesjährigen Pride-Saison gezeigt, dass faschistische Parteien und Gruppen zunehmend dort mobilisieren, wo queeres Leben insgesamt sichtbar wird. Erst im vergangenen Jahr konnte ein islamistischer Anschlag auf die Wiener Regenbogenparade vereitelt werden. Der Schutz von CSDs oder vergleichbaren Pride-Veranstaltungen muss so weit wie möglich aus Communities und Gesellschaft heraus organisiert werden und ist eine Facette antifaschistischer Praxis, an der sich viele Mitglieder von Die Linke beteiligen. Gleichzeitig muss der Staat dazu gedrängt werden, sein Sicherheitsversprechen einzulösen. Es gehört zu den Grundansprüchen der demokratisch-sozialistischen Bewegung, dass Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und angstfrei leben können.

A2 – Änderungsantrag L01-06

Einschub nach Zeile 48, am Ende des letzten Absatzes:

Wir stehen darüber hinaus solidarisch an der Seite emanzipatorischer Bewegungen weltweit, die für die Durchsetzung der Menschenrechte kämpfen. Dort, wo politisch Spielraum besteht, Menschenrechten zur Durchsetzung zu verhelfen, muss er genutzt werden.

Begründung:

Außenpolitik und Menschenrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Die Internationale erkämpft das Menschenrecht! Uns als Die Linke geht es nicht darum, dass westliche Regierungen als Schulmeister auf dem internationalen Parkett auftreten. Die Menschenrechtslage in vielen westlichen Staaten ist besorgniserregend und droht sich u.a. durch den gesellschaftlichen Rechtsruck in Teilen der westlichen Welt weiter zu verschlechtern. Gleichwohl steht Die Linke hinter Bemühungen, emanzipatorische Bewegungen weltweit in ihrem Kampf für Menschenrechte politisch zu unterstützen. Die Linke muss stets den Eindruck verhüten, dass sie mit autoritären Regimen und verbrecherischen Staatschefs unter einer Decke steckt. Das ist in der Vergangenheit nicht immer gelungen, sodass Vertrauen verlorengegangen ist – auch in Teilen der queeren Communities. Der Parteivorstand hat zuletzt Beschlüsse gefasst, die geeignet sind, Vertrauen zurückzugewinnen – dazu zählt u.a. der Beschluss „*Menschenrechte durchsetzen – in Russland und weltweit*“ (Beschluss 2021/145), der u.a. die Initiative des *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR) und des *Russian LGBT Network/Sphere Foundation* für eine strafrechtliche Verfolgung russischer und tschetschenischer Offizieller durch Generalbundesanwalt aufgrund der gewaltsamen Verfolgung queerer Menschen unterstützte. Die Linke tritt weiter für engagiertes Handeln ein, das Menschenrechten weltweit zur Durchsetzung verhelfen kann.